

Attraktive Infrastruktur auch in dünn besiedelten Regionen trotz Bevölkerungsrückgangs: Einführung des Moderators

Monheim, Heiner

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL)

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Monheim, H. (2005). Attraktive Infrastruktur auch in dünn besiedelten Regionen trotz Bevölkerungsrückgangs: Einführung des Moderators. In W. Strubelt, & H. Zimmermann (Hrsg.), *Räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels: T. 5, Demographischer Wandel im Raum: Was tun wir? Gemeinsamer Kongress 2004 von ARL und BBR* (S. 63-65). Hannover: Akademie für Raumforschung und Landesplanung - Leibniz-Forum für Raumwissenschaften. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-338796>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Heiner Monheim

**Attraktive Infrastruktur auch in dünn besiedelten Regionen
trotz Bevölkerungsrückgangs
Einführung des Moderators**

S. 63 bis 65

Aus:

Wendelin Strubelt, Horst Zimmermann (Hrsg.)

**Demographischer Wandel im Raum:
Was tun wir?**

Gemeinsamer Kongress 2004 von ARL und BBR

Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL 225

Hannover 2005

Forum 1: Demographischer Wandel in dünn besiedelten, strukturschwachen Räumen

Heiner Monheim

Attraktive Infrastruktur auch in dünn besiedelten Regionen trotz Bevölkerungsrückgangs

Einführung des Moderators

Gliederung

- 1 Politik für den ländlichen Raum mit zweierlei Maß
- 2 Der reine Blick auf Bevölkerungsentwicklung und -dichte täuscht
- 3 Deutsche Zumutbarkeitsgrenzen nutzen „infam“ das dezentrale Städtenetz
- 4 Es gibt viele kreative Auffangstrategien – sie werden nur zu selten systematisch genutzt

1 Politik für den ländlichen Raum mit zweierlei Maß

Politik für den ländlichen Raum reagiert sehr verschieden auf zurückgehende Bevölkerung und Siedlungsdichte.

- Im personalintensiven Bereich (Bildung, Kultur, Soziales, Gesundheit, Sicherheit, öffentlicher Verkehr) wird gern und schnell in die überkommenen Versorgungssysteme „geschnitten“. Fortschreitende Aushöhlung dezentraler Versorgung und räumliche Konzentration auf wenige Schwerpunkte ist die Folge. Dabei dominiert eine enge, betriebswirtschaftliche Kostensicht. So genannte Sparzwänge werden rituell bemüht. Die damit drohenden Attraktivitätsverluste und Effekte (z. B. forcierte Abwanderung, Maximierung des Transportaufwandes, hohe Zeitverluste) werden ignoriert. Mittel- und langfristige, direkte und indirekte Folgekosten werden weitgehend ausgeblendet. So wiederholt sich ein Prozess, der schon einmal in den 70er und 80er Jahren das Verwaltungs-, das Schul- und das Gesundheitssystem stark ausgedünnt hat, mit der Folge riesiger Folgekosten im Bereich von Verkehr und Zeit.
- Im Bereich der „harten“ Infrastruktur dagegen wird unverändert mit maximalen Standards und ohne Rücksicht auf Bevölkerungsrückgang und Bevölkerungsdichte ausgebaut. Typisches Beispiel ist das Straßennetz. Hier haben Großprojekte auch und gerade im ländlichen Raum Hochkonjunktur. Die Bedarfsanmeldungen zum Bundesverkehrswegeplan sind ein Beispiel. Hier ist nichts von „neuer Bescheidenheit“ zu merken. Sparautobahnen oder Miniortsumgehungen für den ländlichen Raum sind tabu. Hier werden weiter starr die gängigen Erreichbarkeitsmodelle und darin weiterhin die durch Straßenbau einsparbaren Zeitkosten und erzielbaren Standortverbesserungen und angeblichen Arbeitsmarkteffekte bedarfsbegründend angeführt.

Fazit: Wenn wir weiter primär eine hardwarefixierte, immer dezentraler orientierte Ausgabenpolitik machen (Beton = Investition in die Zukunft) und den „Softwarebereich“ (Bildung, Intelligenz, Gesundheit, Kultur) stattdessen mit Konzentrationsansätzen als „Steinbruch zum Sparen“ nutzen, ist das wenig sinnvoll und rächt sich mit massiven Folgekosten.

2 Der reine Blick auf Bevölkerungsentwicklung und -dichte täuscht

Bei der Berücksichtigung der Siedlungs-/Bevölkerungsdichte dominiert der simple Blick auf „nackte“ Bevölkerungsdaten. Schon die Differenzierung in Tag-/Nachtbevölkerung oder saisonale Bevölkerung (Naherholungsgebiete, Tourismusregionen) unterbleibt. Vielfach ergeben sich aber durch diese zusätzliche saisonale Bevölkerung ganz andere Bedarfsmaßstäbe, etwa im Bereich von öffentlichem Verkehr oder Gesundheitseinrichtungen. Wenn in manchen Regionen mehr als 50 % der Fahrgäste oder 50 % der Patienten Touristen sind, hilft eine rein einwohnerfixierte Betrachtung wenig.

3 Deutsche Zumutbarkeitsgrenzen nutzen „infam“ das dezentrale Städtenetz

Die Aufrechterhaltung dezentraler Versorgungsstrukturen hat in Deutschland einen geringeren Stellenwert als in noch viel dünner besiedelten Regionen anderer Länder (z. B. Skandinavien, Spanien, Griechenland, Mezzogiorno). Dies hat eine Ursache in dem sehr dezentralen Städtenetz mit seinen ca. 1.500 Klein- und Mittelstädten. Die Tatsache, dass fast immer in nicht allzu großer Entfernung selbst in für deutsche Verhältnisse extrem dünn besiedelten Gebieten noch ein „potenter“ Versorgungsstandort liegt, schwächt den Kampf gegen den Rückzug der Infrastruktur, weil immer behauptet werden kann, eine gewisse Mindestversorgung sei noch gegeben.

4 Es gibt viele kreative Auffangstrategien – sie werden nur zu selten systematisch genutzt

Das in extrem dünn besiedelten Regionen entwickelte Repertoire von innovativen, kreativen, flexiblen Lösungen zur Sicherung dezentraler Strukturen wird in Deutschland nur sehr zögerlich angewendet, obwohl es sich vielfach in entsprechenden Pilotprojekten als durchaus tauglich erwiesen hat. Hier besteht ein riesiger Reformbedarf, der zu neuen Lösungsansätzen führen muss:

- *Entspezialisierung*: In vielen Angebotsbereichen und Berufsfeldern ist eine Entspezialisierung notwendig. Die Angebote müssen flexibler, polyvalenter werden. Das bedeutet eine Abkehr von dem generellen Trend immer weiterer Spezialisierung und Professionalisierung der Berufe und „Atomisierung“ der Organisationen. Der Nachbarschaftsladen mit Postagentur, Bankagentur, Lottostelle, Verwaltungsteil, Getränkeausschank etc. sichert eine universelle, wohnungsnahе Versorgung auch in kleinen Orten. Im Bauen bedeutet das, Anforderungen der Nutzungsoffenheit, der Mehrfach- und Mehrzwecknutzung viel stärker zu beachten.
- *Abkehr von Mindestgrößen*: Die mit der Spezialisierung verbundenen Trends zum Gigantismus (vom kleinen Allgemeinkrankenhaus zur Großklinik, von der kleinen dezentralen Schule zur großen Gesamtschule) durch maximale, betriebsrational entwickelte Mindest-

größen müssen gestoppt werden und mindestens die legitime Ausnahme kleiner Sonderstrukturen bei dünner Besiedlung zulassen.

- *Mehr mobile Angebote*: Wo ein stationäres Angebot nicht unbedingt notwendig oder auch gar nicht möglich ist, hilft immer noch die mobile Angebotserbringung (Büchereibus, mobiler Laden, Landarzt, Wandertheater), wenigstens ein Mindestmaß an Versorgung zu sichern. Dabei sind zwei Betriebsformen denkbar: das nach festem Zeitschema und fester Route operierende, mobile Versorgungssystem oder das bedarfsunabhängig gesteuerte „Bestellsystem“. Beispiele gibt es aus dem ÖPNV (Rufbus), aus der Verwaltung (rollendes Rathaus), der Kultur (Bücherbus, Theaterbus), aus der Gesundheit (rollende Praxis, Impfbus) wie auch aus dem Handel (mobile Läden, dezentraler Bestell- und Lieferservice).
- *Weniger Normierung und Fremdbestimmung*: Der in allen Bereichen erforderlichen Differenzierung und Flexibilisierung steht der typisch bürokratische Trend zur Normierung, Standardisierung, Formalisierung, Fixierung und starken Fremdbestimmung durch übergeordnete Regeln entgegen. Hier müssen ganz neue Regeln flexiblierter Angebotserbringung und damit verbunden auch entsprechender logistischer Ausstattung für Kommunikation und Disposition gefunden werden.
- *Neue Dispositionstechniken mehr nutzen*: Die Voraussetzungen auf der Hardware-Seite sind gut, weil der immer weiter verbreitete Zugang zu Kommunikationsmedien (PC, Handy, Internet) und Dispositionssoftware (am PC mit GIS und GPS) viele neue Optionen eröffnet. In diesem Kontext ist eine Mobilitäts- und Versorgungsdispositionszentrale ein wichtiger Baustein.
- *Selbsthilfe als potenter „Notnagel“*: Wo die Tragfähigkeit für dezentrale Versorgung gefährdet scheint, entstehen vielfach durch bürgerschaftliches Engagement innovative Sonderlösungen: Beispielsweise sichert der Bürgerbus eine Mindestreichbarkeit im ÖPNV in der Fläche. Die freiwillige Feuerwehr sichert dezentrale Brandwehr und wird gleichzeitig zum Kultur- und Freizeitträger. Die Nachbarschaftshilfe kompensiert Defizite im Sozial- und Gesundheitssystem. Allerdings verhindert die „Graswurzel-Freiwilligkeit“ die systematische Ausbreitung solcher innovativer Angebotsformen. Hier muss der Staat mit angemessenen Randbedingungen und Zuschüssen helfen, wie das bei der freiwilligen Feuerwehr schon lange, in den anderen Bereichen aber ganz selten passiert.
- *Kooperation minimiert Overhead-Kosten*: Ein besonderes Problem sind für jede einzelne Infrastruktur die hohen Overheadkosten. Hier kann eine stärkere Vernetzung verhindern, dass die in der Wirtschaft übliche Fusionitis nun auch im Infrastrukturbereich grassiert. Verwaltungs- und Steuerungsaufgaben können mit modernen Kommunikations- und Dispositionstechniken tatsächlich vereinfacht und u. U. konzentriert werden. Deswegen kann die Leistungsabgabe trotzdem dezentral bleiben.